

Länderberichte über Menschenrechtspraktiken – 2003

Bundesrepublik Deutschland

WASHINGTON – (AD) – Nachfolgend veröffentlichen wir den vom Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen herausgegebenen Bericht 2003 über Menschenrechtspraktiken in der Bundesrepublik Deutschland vom 25. Februar 2004.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine konstitutionelle parlamentarische Demokratie; ihre Staatsbürger wählen ihre Vertreter in regelmäßigen Abständen in freien und fairen Mehrparteienwahlen. Die letzte Bundeswahl wurde im September 2002 abgehalten und führte zu einer Fortsetzung der Koalitionsregierung der Sozialdemokratischen Partei (SPD) mit den Bündnis 90/Die Grünen. An der Spitze der Bundesregierung steht der Kanzler, der vom Bundestag gewählt wird, der einzigen direkt demokratisch legitimierten gesetzgebenden Körperschaft. Die zweite gesetzgebende Körperschaft ist der Bundesrat, der die 16 Länder auf Bundesebene vertritt und aus Regierungsmitgliedern der Länder zusammengesetzt ist. Die Befugnisse des Kanzlers und des Parlaments sind im Grundgesetz (der Verfassung) niedergelegt. Die 16 im Bundesrat vertretenen Länder haben beträchtliche Autonomie, insbesondere im Hinblick auf Strafverfolgung und die Gerichte, Bildung, Umwelt und Sozialleistungen. Die Judikative ist unabhängig.

Zivile Behörden hatten die effektive Kontrolle der Sicherheitskräfte. Die Regierungen der Länder sind vornehmlich für die Strafverfolgung verantwortlich, und die Polizei ist auf Länderebene organisiert. Es gab Zwischenfälle, bei denen die Polizei die Menschenrechte verletzte. Aufgrund der hochindustrialisierten Volkswirtschaft genießen die Bürger einen hohen Lebensstandard. Die Bevölkerungszahl beträgt ungefähr 82 Millionen.

Im Allgemeinen achtete die Regierung die Menschenrechte ihrer Staatsbürger. Zwar gab es in einigen Bereichen Probleme, Gesetz und Judikative stellten jedoch effektive Mittel bereit, um gegen einzelne Fälle von Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Es gab mindestens zwei Berichte über Vorfälle, bei denen die Polizei Häftlinge angeblich misshandelte oder übermäßige Gewalt gegen sie einsetzte, in denen die Regierung ermittelte. Es gab einige Einschränkungen der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Minderheiten angehörende religiöse Gruppen wurden zum Teil von der Regierung und der Gesellschaft diskriminiert. Zwischenfälle, bei denen Minderheiten und Ausländer Gewalt und Belästigungen ausgesetzt waren, gibt es weiterhin, und manchmal stellte die Regierung keinen angemessenen Schutz bereit. Im Privatsektor wurden Frauen ebenso wie Minderheiten und Ausländer bei der Bezahlung weiterhin zum Teil diskriminiert. Menschenhandel, insbesondere mit Mädchen und Kindern, war ein Problem, welches sowohl von der Bundesregierung als auch den Landesregierungen angegangen wurde.

ACHTUNG DER MENSCHENRECHTE

Abschnitt 1 Achtung der Integrität des Menschen, einschließlich Freiheit von:

a. Willkürlicher oder unrechtmäßiger Beraubung des Lebens

Es gab keine Berichte über die willkürliche oder unrechtmäßige Beraubung des Lebens durch die Regierung oder ihre Vertreter.

Bis Jahresende gab es keine Gerichtsentscheidung über das Berufungsverfahren von drei Polizeibeamten des Bundesgrenzschutzes aus dem Jahr 2002, die wegen des Todes von Amor Ageeb, eines sudanesischen Asylbewerbers, im Jahr 1999 während eines Ausweisungsfluges angeklagt worden waren.

Im Juli sprach ein Gericht in Köln sechs Polizisten schuldig, einen Mann zu Tode geprügelt zu haben, der im Jahr 2002 verhaftet worden war. Das Gericht verurteilte die Männer zu Haftstrafen zwischen 12 und 15 Monaten; die Beamten legten gegen das Urteil Berufung ein.

b. Verschwinden

Es gab keine Berichte über politisch motiviertes Verschwinden von Menschen.

c. Folter und andere grausame, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung oder Bestrafung.

Die Verfassung verbietet solche Praktiken; es gab jedoch mindestens zwei Berichte über angebliche Misshandlung oder den Einsatz von übermäßiger Gewalt durch die Polizei. Amnesty International (AI) berichtete, dass es immer wieder Fälle von angeblich schlechter Behandlung und übermäßigem Einsatz von Gewalt durch die Polizei gab. Die Regierung ermittelte in Fällen von Menschenrechtsverletzungen und verfolgte die Polizeibeamten, die in Gewahrsam genommene Personen misshandelten (siehe Abschnitt 1.d).

Im Februar schlug eine Gefängniswärter einen Häftling in einer Strafanstalt in Köln, der angeblich verbal verletzend gewesen war. Die Behörden versetzten den Beamten auf eine andere Position und nahmen die Ermittlungen auf, die bis Ende des Jahres noch nicht abgeschlossen waren. Im April wurden in Frankfurt/Main drei Polizeibeamte der Körperverletzung beschuldigt, weil sie Andre Heech, nachdem er im Januar nicht von einem Freigang zurückgekehrt war, nach seiner Festnahme im Februar geschlagen hatten. (Heech war zu einer vierjährigen Haftstrafe wegen Betrugs verurteilt worden). Der beinamputierte Heech behauptete, einer der Beamten hätte den verbliebenen Teil seines Beines mit einem Metallrohr geschlagen, und er sei nicht medizinisch versorgt worden. Bei Jahresende war der Fall noch anhängig.

Vier der Ausweisung aus Rheinland-Pfalz bedrohte Chinesen erhoben Anklage gegen die Polizei in Trier, weil sie sie im Juni nicht vor Menschenrechtsverletzungen durch chinesische Polizeibeamte geschützt habe. Sie behaupteten, dass die deutsche Polizei sie im Juni mit mehreren chinesische Polizeibeamten alleine in einem verschlossenen Raum gelassen hätte; die Kläger behaupten jedoch, während des Vorfalls sei keine deutsche Polizei zugegen gewesen. Der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber verteidigte das Verfahren und behauptete, es sei üblich, dass Auszuweisende von Behördenvertretern des Heimatlandes befragt würden.

Es gab eine Reihe gewalttätiger Angriffe rechtsextremistischer Gruppen auf Angehörige von Minderheiten und Ausländer (siehe Abschnitt 5.)

Die Haftbedingungen erfüllten im Allgemeinen internationale Standards. Männer waren getrennt von Frauen untergebracht, Jugendliche getrennt von Erwachsenen und Untersuchungshäftlinge getrennt von verurteilten Verbrechern.

Die Regierung erlaubt Besuche von unabhängigen Menschenrechtsbeobachtern, obwohl es keine Berichte gab, dass solche Besuche während des Jahres angefordert wurden.

d. Willkürliche Verhaftung, Festnahme oder Exil

Das Grundgesetz verbietet willkürliche Verhaftung und Festnahme, und die Regierung hielt sich im Allgemeinen an dieses Verbot.

Die Polizei ist auf Länderebene organisiert. Die Kompetenzen des Bundeskriminalamts sind auf Terrorismusbekämpfung, internationales organisiertes Verbrechen – insbesondere Drogenschmuggel -, Waffenhandel und Geldfälschung beschränkt. Die Polizei war im Allgemeinen gut auf hohem professionellen Niveau ausgebildet, diszipliniert und achtete die Rechte der Bürger. Die Bundesregierung ermittelte in Fällen von Menschenrechtsverletzungen und verfolgte Polizeibeamte, die in Gewahrsam genommene Personen misshandelten (siehe Abschnitt 1.a und 1.c). Korruptionsvorwürfe waren selten.

Eine Person kann nur auf der Grundlage eines von einer zuständigen Gerichtsbehörde

ausgestellten Haftbefehls verhaftet werden, es sei denn, die Person wird beim Begehen einer strafbaren Handlung gefasst oder die Polizei hat gute Gründe zu der Annahme, dass die Person beabsichtigt, ein Verbrechen zu begehen. Liegen Beweise vor, dass der Verdächtige ins Ausland fliehen könnte, kann die Polizei die Person ohne formale Anklage bis zu 24 Stunden festhalten. Jede von der Polizei festgenommene Person muss einem Richter vorgeführt und innerhalb von 24 Stunden nach der Verhaftung angeklagt werden. Das Gericht muss dann einen Haftbefehl ausstellen, der die Gründe der Festnahme enthält oder die Freilassung anordnet.

In manchen Fällen nahm die Polizei bekannte oder verdächtige Radikale für kurze Zeit fest, wenn sie der Auffassung war, dass diese Personen die Teilnahme an illegalen oder nicht genehmigten Demonstrationen beabsichtigten (siehe Abschnitt 2.b). Die Bestimmungen für diese Art von Inhaftierung sind in jedem Bundesland unterschiedlich, wobei die zulässige Haftdauer von 1 Tag bis zu 14 Tagen variiert, vorausgesetzt, das richterliche Einverständnis wird innerhalb von 24 Stunden nach der Verhaftung erteilt. Im Verlauf des Jahres gab es keine Berichte über solche Festnahmen.

Inhaftierte haben Anspruch auf einen Rechtsanwalt. Nur Richter können eine Entscheidung über die Zulässigkeit jeglicher Art von Freiheitsentzug treffen. Es gibt die Möglichkeit der Festlegung einer Kautions, sie ist jedoch selten. Normalerweise werden Festgenommene freigelassen, es sei denn, es besteht die eindeutige Gefahr der Flucht ins Ausland. In diesen Fällen kann eine Person für die Dauer der Ermittlungen und des darauf folgenden Prozesses inhaftiert werden. Solche Entscheidungen unterliegen der vorschriftsmäßigen Überprüfung durch den Richter, und die in der Untersuchungshaft verbrachte Zeit wird auf die Haftstrafe angerechnet. Im Fall eines Freispruchs muss die Bundesregierung die Person entschädigen.

Das Grundgesetz verbietet erzwungenes Exil, und die Bundesregierung hat diese Maßnahme nicht eingesetzt.

e. Verweigerung eines fairen öffentlichen Prozesses

Das Grundgesetz sieht eine unabhängige Justiz vor, und die Bundesregierung respektiert diese Bestimmung in der Praxis im Allgemeinen.

Ordentlichen Gerichten obliegt die Rechtsprechung in straf- und zivilrechtlichen Angelegenheiten. Es gibt vier Instanzen solcher Gerichte (Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und den Bundesgerichtshof), mit der Möglichkeit der Berufung von einer niedrigeren zu höheren Instanzen. Zusätzlich zu den ordentlichen Gerichten gibt es vier Arten von spezialisierten Gerichten: Verwaltungsgerichte, Arbeitsgerichte, Sozialgerichte und Steuergerichte. Auch diese Gerichte haben verschiedene Instanzen, und Rechtsmittel können von einer zur nächsthöheren Instanz eingelegt werden.

Darüber hinaus gibt es das Bundesverfassungsgericht – das oberste deutsche Gericht. Unter anderem überprüft es Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz und entscheidet Rechtsstreitigkeiten zwischen unterschiedlichen Regierungszweigen bei Fragen der Zuständigkeit. Das Bundesverfassungsgericht hat auch die Zuständigkeit, Ansprüche aufgrund der Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte einer Person durch eine öffentliche Behörde anzuhören und zu entscheiden.

Die Justiz gewährleistet faire und effiziente Gerichtsverfahren für die Bürger, obwohl sie manchmal aufgrund der zunehmenden Zahl von Fällen verzögert wurden. Für einfache oder weniger schwerwiegende Fälle verabschiedete die Regierung ein Verfahren, das eine beschleunigte Anhörung und schnelle Verurteilung auf der Instanz der Amtsgerichte ermöglicht. Die Höchststrafe für solche Fälle ist auf ein Jahr begrenzt, vorausgesetzt, der Angeklagte hat einen Verteidiger und die Strafe wird zur Bewährung ausgesetzt.

Es gab keine Berichte über politische Gefangene.

f. Willkürliche Einmischung in den Bereichen Privatsphäre, Familie, Wohnung oder Schriftverkehr

Das Grundgesetz und kodifiziertes Recht verbieten solche Aktionen, und die Regierungsbehörden respektieren dieses Verbot im Allgemeinen in der Praxis; Gesetzesverstöße wurden effektiv rechtlich sanktioniert.

Mehrere hundert Organisationen wurden vom Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene überwacht. Dem Bundesamt und den Landesämtern für Verfassungsschutz obliegt die Prüfung möglicher Bedrohungen für das konstitutionelle demokratische System; sie haben keine Strafverfolgungsbefugnisse und die gesetzlich verankerte Überwachung durch diese Ämter befugte diese nicht, in die Aktivitäten von Organisationen einzugreifen. Da die Verfassungsschutzämter jedoch eine Liste der überwachten Organisationen veröffentlichen, könnte das Erscheinen auf der Liste einen negativen Einfluss auf den Ruf einer Organisation haben und damit ihre normalen Aktivitäten stören. Bei der Überwachung einer Organisation versuchen Vertreter des Verfassungsschutzes Informationen zu sammeln, vor allem aus schriftlichem Material und Augenzeugenberichten, um die Existenz einer Bedrohung festzustellen. Manchmal wurden weiter in die Privatsphäre eingreifende Methoden angewandt wie der Einsatz verdeckter Ermittler, allerdings unterlagen sie rechtlichen Kontrollen (siehe Abschnitt 2.c).

Abschnitt 2 Achtung bürgerlicher Freiheiten, einschließlich:

a. Rede- und Pressefreiheit

Das Grundgesetz sieht Pressefreiheit vor, und die Regierung respektierte dieses Recht in der Praxis im Allgemeinen. Eine unabhängige Presse, eine effektive Justiz sowie ein funktionierendes demokratisches politisches System gewährleisten gemeinsam Presse- und Redefreiheit, einschließlich der Freiheit von Forschung und Lehre. Es gab jedoch einige Einschränkungen der Redefreiheit. Verbreitung der Propaganda geächteter Organisationen, rassistischen Hass schürende, den Nationalsozialismus unterstützende und den Holocaust verleugnende Erklärungen sind unrechtmäßig, und die Behörden versuchten, den Zugang zu ihrer Ansicht nach gefährlichem Material im Internet zu sperren.

Die unabhängigen Medien waren aktiv und brachten eine Vielfalt von Ansichten ohne staatliche Einschränkungen zum Ausdruck.

Es gab rund 120 Provider von Internetdiensten. Das Gesetz verbietet den Zugang zu verbotenen Material (zum Beispiel Kinderpornografie und Nazi-propaganda) im Internet, und die Regierung sondierte Wege zur Erweiterung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Verbrechen im Internet. Schätzungen deutscher Regierungsvertreter zufolge gab es ungefähr 800 Internetsites mit ihrer Ansicht nach verwerflichem oder gefährlichem rechtsextremistischem Inhalt. Der Bundesgerichtshof entschied, dass die Gesetze des Landes gegen Rechtsradikalismus auf Personen angewendet werden können, die nationalsozialistisches Material auf Internetseiten stellen, die den Nutzern zur Verfügung stehen, selbst wenn die Website auf einem ausländischen Server liegt.

b. Friedliche Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Das Gesetz sieht Versammlungsfreiheit vor, und die Bundesregierung hat das Recht in der Praxis im Allgemeinen respektiert; geächteten Organisationen wurde es jedoch nicht gestattet, öffentliche Versammlungen abzuhalten. Im Freien organisierte Zusammenkünfte und Märsche müssen genehmigt werden, und die Regierungsvertreter auf Bundes- und Länderebene haben die Befugnis, solche Genehmigungen abzulehnen, wenn Bedenken bezüglich der öffentlichen Sicherheit auftreten oder geächtete Organisationen versuchen, öffentliche Versammlungen abzuhalten. Zum Beispiel wurden im August Treffen und Märsche von Neonazis und

Rechtsextremisten zum Gedenken an den Tod des Nationalsozialisten Rudolf Hess von einem Gericht in Bayern verboten, aber das Bundesverfassungsgericht bestätigte das Recht der Extremisten auf Versammlungsfreiheit und wies die Polizei an sicherzustellen, dass die Versammlung die öffentliche Sicherheit nicht gefährdete.

Das Gesetz sieht Vereinigungsfreiheit vor, und die Bundesregierung hat das Recht in der Praxis im Allgemeinen respektiert; das Grundgesetz und das Gesetz über Vereinigungsfreiheit erlauben jedoch das Verbot von Organisationen, deren Aktivitäten als unrechtmäßig angesehen werden oder im Gegensatz zu der im Grundgesetz niedergelegten konstitutionellen demokratischen Ordnung stehen. Das Bundesverfassungsgericht ist das einzige Gremium, das politische Parteien aus diesen Gründen ächten kann. Bundes- oder Länderregierungen können andere Organisationen aus diesen Gründen verbieten, gegen eine solche Entscheidung können jedoch Rechtsmittel eingelegt werden. Zu solchen verbotenen Organisationen zählen eine Reihe von Gruppen, die Behörden im Allgemeinen als rechts- oder linksextremistisch, Extremisten aus dem Ausland oder von der Natur her als kriminell einstufen. Mehrere hundert Organisationen wurden vom Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene überwacht. (siehe Abschnitt 1.f).

Am 28. Oktober durchsuchten über 300 Polizisten die Wohnungen und Versammlungsorte verdächtiger Neonazigruppen in Schleswig-Holstein. Die Polizei fand Waffen und verhaftete mehrere Personen wegen des Verdachts der "Bildung einer politisch motivierten kriminellen Vereinigung". Die Verdächtigten wurden mit der internationalen Neonazigruppe Combat 18 in Verbindung gebracht.

Eine Expertenkommission prüfte, ob die gegen die rechtsextremistische Nationaldemokratische Partei (NPD) gesammelten Beweise die Kriterien für ein rechtmäßiges Verbot erfüllten, das nach der Welle rechtsextremistischer Aktivitäten im Jahr 2000 weithin gefordert wurde. Im März verwarf das Gericht zwei verschiedene Eingaben des Bundestags und des Bundesrats für ein Verbot der NPD aufgrund von Mängeln in der Rechtssache der Bundesregierung. Im Januar nutzte Innenminister Otto Schily seine Vollzugsgewalt zum Verbot der islamischen extremistischen Organisation Hizb ut Tahrir.

Im Fall des Kalifatstaats lehnte das Bundesverfassungsgericht im Oktober einen Einspruch ab und bestätigte das Verbot der islamischen Extremistenorganisation. Damit waren die Rechtsmittel der Organisation erschöpft. Der "Kalifatstaat" hatte gegen die Entscheidung des Innenministers von 2001 über ein Verbot der Organisation Berufung eingelegt. Metin Kaplan, der ehemalige Islamistenführer des "Kalifatstaats", wurde im Mai aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er eine vierjährige Haftstrafe wegen Aufrufs zum Mord an einem Gegner verbüßt hatte. Die Behörden haben das Auslieferungsgesuch der Türkei für Kaplan, der in der Türkei wegen terroristischer Aktivitäten gesucht wird, aufgrund der Tatsache abgelehnt, dass ein faires Verfahren in der Türkei nicht gesichert ist. Das Oberverwaltungsgericht Münster entscheidet, ob einem Asylantrag für Kaplan stattgegeben werden kann oder ob er am Ende des Jahres in die Türkei abgeschoben wird. Kaplan durfte Köln nicht verlassen und musste sich regelmäßig bei der Polizei melden.

c. Religionsfreiheit

Das Grundgesetz sieht Religionsfreiheit vor, und die Bundesregierung respektierte dieses Recht in der Praxis im Allgemeinen. Die Diskriminierung religiöser Minderheiten blieb jedoch weiterhin ein Thema.

Kirche und Staat sind getrennt, obwohl es historisch gesehen besondere Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften gab, die den Status einer "Körperschaft des öffentlichen Rechts" hatten. Wenn bestimmte Anforderungen erfüllt werden, können Organisationen den Status einer "öffentlich-rechtlichen Körperschaft" beantragen, der sie unter anderem berechtigt, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben, die der Staat für sie einfordert. Die Entscheidung über die Vergabe des Status als öffentlich-rechtliche Körperschaft wird auf

Länderebene getroffen.

Religiöse Organisationen müssen sich nicht eintragen lassen, obwohl die meisten eingetragen sind und als gemeinnützige Verbände damit von Steuern befreit sind.

Im föderalen System gab es große Unterschiede in den einzelnen Ländern im Hinblick auf den Umgang mit Scientology. Zwei Länder – Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern – überwachten Scientology nicht. Der Stadtstaat Berlin stellte die Überwachung von Scientology durch den Verfassungsschutz im September ein, und das Land Hessen erwähnte Scientology in seinem Verfassungsschutzbericht 2002 nicht. Andererseits gab Bayern im November 2002 bekannt, dass es unter Umständen ein Verbot von Scientology beantragen würde und deutete an, es würde das Bundesinnenministerium bitten, ein bundesweites Verbot in Erwägung zu ziehen. Allerdings unterstützte im März als einziges Bundesland Hamburg ein solches Verbot. Scientology war die einzige religiöse Gemeinschaft, die vom Verfassungsschutz überwacht wurde, und Scientologen machten geltend, die gemeinsame Auflistung mit totalitären und terroristischen Gruppen aufgeführt zu sei dem Rufschädigend.

Im Dezember entschied ein Gericht in Baden-Württemberg, dass Scientology in diesem Land als religiöse Gemeinschaft Anrecht auf Steuerbefreiung habe. Vertreter des Landes hatten mehrere Jahre lang die Auffassung vertreten, Scientology sei ein kommerzielles Unternehmen, nicht eine religiöse Gemeinschaft, und sich geweigert, Scientology von den Steuern zu befreien.

Die Lutheranische Kirche setzte "Sektenbeauftragte" ein, um die Öffentlichkeit über angebliche Gefahren zu warnen, die Scientology ebenso wie die Vereinigungskirche, Bhagwan-Osho und die Transzendente Meditation darstellt. Die Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage (Mormonen), die Zeugen Jehovas, die Christlichen Wissenschaftler, die Neuapostolische Kirche und die Johannische Kirche wurden weniger negativ beschrieben, aber dennoch als Sekten hervorgehoben.

Unternehmen des Privatsektors, die ihre Mitarbeiter auf eine Zugehörigkeit zu Scientology überprüfen lassen, gaben die Beobachtung von Scientology durch den Verfassungsschutz häufig als Rechtfertigung für diese diskriminierende Praxis an. Das Bundesvermögensamt verbot den Verkauf einiger Immobilien an Scientologen mit dem Hinweis, das Finanzministerium habe darauf gedrängt, solche Verkäufe nach Möglichkeit zu vermeiden. Seit 1996 haben Arbeitsämter im ganzen Land eine Verwaltungsverfügung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit umgesetzt, in der sie angewiesen wurden, die Namen von Firmen, die im Verdacht stehen, Scientologen zu beschäftigen, mit einem "S" zu versehen. Die Vermittler des Arbeitsamts sollen ihre Kunden warnen, dass sie an diesen Arbeitsplätzen auf Scientologen stoßen könnten. Die Scientologen behaupten, das "S" neben ihrem Namen verletze ihre Recht auf Schutz der Privatsphäre und beeinträchtige ihr Leben.

Die Vereinigungskirche hat Rechtsmittel gegen die Weigerung der Bundesregierung eingelegt, dem Gründer der Vereinigungskirche Sun Myung Moon und seiner Frau Hak Ja Har Moon für 2004 eine Einreisevisum zu erteilen. Bundesgerichte entschieden, dass die Einreiseverweigerung das Recht der Mitglieder der Kirche auf freie Religionsausübung nicht verletzt. Zum Jahresende war die Beschwerde der Vereinigungskirche noch anhängig.

Am 22. Oktober hob das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung einer niedrigeren Instanz aus dem Jahr 2002 auf, nach der eine Schule in Baden-Württemberg ohne ein entsprechendes Landesgesetz einer muslimischen Lehrerin das Tragen eines Kopftuchs bei der Arbeit verbieten kann. Diese Entscheidung beeinträchtigt nicht die Möglichkeiten der Länder, eine Rechtsgrundlage für das Verbot von Kopftüchern in Schulen zu schaffen. Nach der Entscheidung gaben mehrere Länder ihre Absicht bekannt, Gesetze zu erlassen, mit denen muslimischen Angestellten des öffentlichen Dienstes das Tragen von Kopftüchern bei der Arbeit verboten wird. Mehrere Länder legten Gesetzentwürfe vor, mit denen muslimischen Lehrern das Tragen von

Kopftüchern beim Unterrichten an öffentlichen Schulen verboten wird. Bis Jahresende stand die Zustimmung des Gesetzgebers noch aus.

Führende Politiker aller großen Parteien stellten fest, dass die Neonazigruppen eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen und forderten die fortgesetzte Überwachung durch die Strafverfolgungsbehörden. Nach dem Anstieg antisemitischer Verbrechen und einer Zunahme der öffentlichen Kritik an den Aktionen der israelischen Regierung im Nahen Osten brachten führende Vertreter der jüdischen Gemeinde ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass sich die anderen Vertreter religiöser Gemeinschaften sowie einige Kommunal- und Bundespolitiker nicht vehementer gegen Antisemitismus aussprachen. Im Oktober führte die Rede von Martin Hohmann, einem CDU-Mitglied des Bundestages, in der er die Handlungen von Juden während der Russischen Revolution mit denen der Nazis während des Holocaust verglich, zu Ermittlungen nach einem Strafantrag wegen Aufhetzung und Beleidigung. Daraufhin schloss die CDU Hohmann aus der Bundestagsfraktion aus.

Arabische Jugendliche scheinen zunehmend hinter Anschlägen auf Juden in Deutschland und deren Belästigung zu stehen. Im Mai wurde ein amerikanischer orthodoxer Jude in Berlin von einer Gruppe von Teenagern angegriffen, die arabischer Herkunft zu sein schienen. Der Anschlag war der vierte in einer Reihe ähnlicher Vorfälle, die sich im Verlauf des Jahres ereigneten.

Im Lauf des Jahres wurden jüdische Friedhöfe in Kassel und Beeskow geschändet. Dutzende Grabsteine wurden umgeworfen und mit nazifreundlichen Graffiti beschriftet. Im September verhaftete die Polizei mehrere Personen wegen des Verdachts der Beteiligung an einem Komplott zu einem Sprengstoffanschlag auf eine jüdische Einrichtung in München.

In Deutschland waren alle Richtungen des Islam vertreten, wobei die große Mehrheit der Muslime aus dem Ausland ist. Es gab weitere Berichte über Widerstand gegen den Bau von Moscheen in mehreren Gemeinden im Land, im Allgemeinen wegen Beschwerden über mehr Verkehr und Lärmbelästigung. Es wurde eine Diskussion darüber geführt, ob die Muslime in Wohngebieten Lautsprecher benutzen dürfen, um die Gläubigen zum Gebet zu rufen. Es gab auch Regionen, in denen das Gesetz im Widerspruch zu den islamischen Praktiken stand oder Fragen bezüglich der Religionsfreiheit aufwarf, vor allem bezüglich der Kopftuchfrage.

Die Behörden führten eine Reihe von Programmen zur Förderung von Toleranz durch, die sich vornehmlich auf Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit konzentrierten. Regierungsbehörden arbeiteten mit Nichtregierungsorganisationen (NROs) bei der Formulierung und Verwaltung dieser Programme zusammen.

Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem 2003 International Religious Freedom Report.

d. Freizügigkeit im Land, Auslandsreisen, Auswanderung und Wiedereinbürgerung

Diese Rechte sind im Grundgesetz niedergelegt, und die Bundesregierung respektierte sie in der Praxis im Allgemeinen. Für Volksdeutsche aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sieht das Grundgesetz sowohl die Staatsbürgerschaft unmittelbar nach Antragstellung als auch das Aufenthaltsrecht ohne Einschränkungen vor. Das Gesetz legt fest, dass Kindern von legal im Land lebenden Ausländern die Staatsbürgerschaft gewährt wird. Personen können sowohl die deutsche als auch die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern bis zum Alter von 23 Jahren behalten; dann müssen sie sich für die eine oder andere Staatsbürgerschaft entscheiden. Das Gesetz hat den Zeitraum des Aufenthalts, den legal in Deutschland lebende Ausländer im Land verbringen müssen, um das Recht auf Einbürgerung zu erhalten, von 15 auf 8 Jahre verkürzt.

Das Grundgesetz und die Gesetze sehen die Erteilung des Status eines Asylbewerbers und Flüchtlings für Personen vor, die die Definition in der Konvention der Vereinten Nationen in Bezug auf den Status von Flüchtlingen von 1951 und ihrem Protokoll von 1967 erfüllen. In der Praxis beachtete die Bundesregierung das Ausweisungs- und Zurückweisungsverbot und gewährte

Flüchtlingsstatus oder Asyl. Sowohl die Bundesregierung als auch die Länderregierungen arbeiteten mit dem Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und anderen humanitären Organisationen bei der Unterstützung von Flüchtlingen zusammen, obwohl Fragen der Einwanderung vornehmlich Ländersache sind.

Personen, die versuchen, über ein "sicheres Transitland" (alle der Europäischen Union angehörenden oder sich an die Genfer Flüchtlingskonvention haltenden Länder) wurde kein Asyl gewährt, und sie konnten an der Grenze abgewiesen oder in das "sichere Transitland" zurückgeschickt werden, wenn es ihnen gelungen war, ins Land zu gelangen. Personen, deren Anträge aus diesen Gründen abgewiesen wurden, hatten zwei Wochen Zeit, Berufung gegen diese Entscheidung einzulegen. Personen, die auf einem internationalen Flughafen ankamen und von denen angenommen wurde, sie kämen aus einem "sicheren Herkunftsland", konnten in dafür vorgesehenen Einrichtungen auf dem Flughafen festgehalten werden. In diesen Fällen musste das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge binnen 48 Stunden die Entscheidung über einen Asylantrag treffen oder der Person die Einreise nach Deutschland gestatten. Der Asylbewerber konnte innerhalb von drei Tagen bei einem Verwaltungsgericht Einspruch gegen einen negativen Bescheid einlegen, und das Gericht musste binnen 14 Tagen einen Beschluss fassen oder der Person die Einreise ins Land genehmigen. Obwohl der Aufenthalt in den Einrichtungen auf dem Flughafen auf maximal 19 Tage begrenzt ist, wurden Personen, deren Anträge abgewiesen wurden, die aber nicht sofort abgeschoben werden konnten, angeblich monatelang auf dem Flughafen festgehalten – eine von einigen Flüchtlingshilfegruppen und Menschenrechtsaktivisten kritisierte Praxis.

Asylbewerber, die ins Land gekommen waren und deren Asylantrag bei ihrer ursprünglichen Anhörung vor dem Verwaltungsgericht abgelehnt worden war, konnten Berufung gegen den Gerichtsbeschluss einlegen, und 80 Prozent der Asylbewerber, deren Antrag abgelehnt worden war, taten dies. Nur rund drei bis vier Prozent der ablehnenden Bescheide wurden aufgehoben. Der abgewiesene Asylbewerber durfte für die Dauer des Berufungsverfahrens im Land bleiben, das gewöhnlich mindestens ein Jahr und manchmal entschieden länger dauerte. Während dieser Zeit wurde den Asylbewerbern eine Unterkunft zur Verfügung gestellt, und sie erhielten zusätzliche Sozialleistungen. Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge durften nach einer einjährigen Wartezeit arbeiten. Personen, die während des Abschiebeprozesses nicht kooperierten oder von denen angenommen wurde, dass sie fliehen würden, um der Abschiebung zu entgehen, konnten in Vorbereitungshaft genommen werden. Die Dauer der Vorbereitungshaft kann fünf bis sechs Wochen betragen.

Ausländer, deren Asylanträge abgelehnt wurden, die jedoch bei der Rückkehr in ihr Heimatland Gefahren ausgesetzt wären, erhielten vorläufige Aufenthaltsgenehmigungen. Von ihnen wurde jedoch erwartet, dass sie das Land verlassen, wenn die Gegebenheiten in ihrem Heimatland ihre sichere Rückkehr gestatten. Die große Mehrheit der rund 345.000 Bosnier und die circa 200.000 Kosovaren, denen die Bundesregierung während des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien die Einreise gestattete, fielen in diese Kategorie; die meisten dieser Personen sind seitdem in ihre Heimat zurückgeführt oder in einem anderen Land angesiedelt worden. Die übrigen konnten nach Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung abgeschoben werden, obwohl für bestimmte Gruppen wie Angehörige ethnischer Minderheiten, darunter Serben, Roma, Ashkalia und muslimische Slawen, einige Ausnahmen gemacht wurden. In einer Reihe von Fällen wurden auch aus medizinischen Gründen Ausnahmen gemacht. Die Bundesregierung unterstützte weiterhin freiwillige Rückführungsprogramme für Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und stellte finanzielle Anreize zwischen 956 und 2.813 Dollar (765 und 2.250 Euro) zur Abdeckung der Reise- und Umsiedlungskosten zur Verfügung. Viele Bundesländer stellten zusätzliche Mittel für die Umsiedlung bereit. Wenn ein Flüchtling das Angebot der freiwilligen Rückführung nicht annahm, setzte er sich allerdings der Gefahr der Abschiebung aus, musste seine gesamte persönliche Habe zurücklassen und durfte fünf Jahre lang nicht in das Land zurückkehren.

In manchen Fällen versuchten erfolglose Asylbewerber, ihre Ausweisung zu vereiteln, indem sie sich weigerten, den Behörden gegenüber ihr Heimatland oder ihre Identität preiszugeben. Dies

galt vornehmlich für Asylbewerber aus Westafrika; auch bei Asylbewerbern aus der ehemaligen Sowjetunion war ein solches Verhalten nicht ungewöhnlich. Mehrere Bundesländer versuchten, die Rückführung nicht kooperierender abgelehnter Asylbewerber durch die Einrichtung kommunaler Unterkünfte zu beschleunigen, in denen die Ausländer untergebracht wurden, während die Behörden stichhaltige Informationen bezüglich ihrer Identität und Staatsbürgerschaft einholten. Einige Flüchtlingshilfe- und kirchliche Organisationen kritisierten diese Zentren als unmenschlich. Sie behaupteten, die karge Grundausstattung und der relative Mangel an Bewegungsfreiheit übe psychologischen Druck auf die Insassen aus. Die Behörden entgegneten, dass die Konzentration der Zentren auf Beratung und Entwicklung beruflicher Qualifikationen die Bereitschaft der dort untergebrachten Menschen fördere, freiwillig auszureisen und ihre Chancen auf Erfolg in ihren Heimatländern verbessere.

Im Verlauf des Jahres kehrten 377 bosnische Flüchtlinge freiwillig in ihre Heimat zurück. Schätzungen der Bundesregierung zufolge sind seit 1999 ungefähr 100.000 albanische Kosovaren in das Kosovo zurückgekehrt. Staatlichen Quellen zufolge kehrten 85 Prozent von ihnen freiwillig in ihre Heimat zurück, die anderen 15 Prozent unfreiwillig. Diese Zahlen deckten sich mit denen der Flüchtlingshilfegruppen. Die Regierung schätzte, dass es rund 60.000 abschiebbare kosovarische Flüchtlinge im Land gab. Davon waren 27.000 gebürtige Albaner und 33.000 Angehörige ethnischer Minderheiten, vor allem Roma und Serben, aber auch Bosniaken, Ägypter, Ashkalia, Türken und Torbesh. Die Roma und Serben wurden von der erzwungenen Rückkehr ausgenommen, aber andere ethnische Minderheiten und Albaner wurden rückgeführt, zunehmend unter Ausübung von Druck. In Zusammenarbeit mit der Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des Kosovo (UNMIK) stellen die Bundesbehörden freiwillig Zurückkehrenden in manchen Ländern Umsiedlungshilfe und Unterstützung im Land zur Verfügung.

Es gab zwei Berichte über die Zwangsausweisung von Tschetschenen nach Russland. Nach dem Vorfall in einem Moskauer Theater in Russland im Jahr 2002 empfahl das Bundesministerium des Inneren den entsprechenden Behörden auf Landesebene, Ausweisungen von Tschetschenen für eine gewisse Zeit auszusetzen und bislang abgewiesene Asylfälle von Tschetschenen, die sich weiterhin in Deutschland aufhielten, neu zu bewerten. Trotzdem wurden laut AI viele Asylanträge von Tschetschenen in jenem Jahr abgelehnt.

AI berichtete, dass die Regierung einen Tschetschenen aus Baden-Württemberg auswies, da seine beiden Asylanträge abgewiesen wurden. Im selben Jahr weigerte sich die Regierung, den Asylantrag eines Mannes anzuerkennen, der über Polen eingereist war, da Polen als "sicheres Transitland" gilt.

Aufgrund weiterhin bestehender Sicherheitsbedenken entschied die Regierung, afghanische Flüchtlinge nicht zur Rückkehr zu zwingen.

Abschnitt 3: Achtung der politischen Rechte: Das Recht der Bürger auf Herbeiführung eines Regierungswechsels.

Das Grundgesetz gibt Bürgern die Möglichkeit, auf friedliche Weise einen Regierungswechsel herbeizuführen, und die Bürger machen von diesem Recht in regelmäßigen Abständen durch freie und faire Wahlen Gebrauch. Die Abgeordneten des Bundestages werden alle vier Jahre in allgemeinen und geheimen Wahlen gewählt; ein Teil über Direktmandate aus den Wahlkreisen und ein Teil über Parteilisten. Die zweite gesetzgebende Körperschaft, der Bundesrat, setzt sich aus Abordnungen der Landesregierungen zusammen, es gibt keine allgemeinen Bundesratswahlen.

Im Bundestag sind zwei große Parteien vertreten, die SPD und die CDU/CSU sowie zwei kleinere Parteien, die FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Parteien, die an der Fünfprozenthürde scheitern oder weniger als 3 Sitze durch Direktmandate erringen, bekommen keinen proportionalen Sitzanteil (obwohl sie die direkt gewonnenen Sitze behalten). Bei den Bundestagswahlen 2002

gewann die PDS zwei Direktmandate, scheiterte aber an der Fünfprozenthürde; daher war sie nur mit zwei Abgeordneten im neuen Bundestag vertreten. Das Bundesverfassungsgericht kann politische Parteien, die aktiv die liberale demokratische Ordnung unterlaufen, verbieten (siehe Abschnitt 2.b).

Gemäß Gesetz sind Frauen berechtigt, in vollem Umfang am politischen Leben teilzunehmen und eine wachsende Zahl von ihnen nimmt bereits wichtige Positionen in der Regierung und in den Parteien ein. Fast 31 Prozent der Mitglieder des Bundestages waren Frauen. 7 der 15 Posten im Bundeskabinett waren mit Frauen besetzt. Am Bundesverfassungsgericht waren 5 der 16 Richter weiblich, einschließlich der Obersten Richterin. 2 der im Bundestag vertretenen Parteien hatten eine Vorsitzende: Die CDU und Bündnis 90/Die Grünen (bei denen sich eine Frau und ein Mann den Vorsitz teilten). Alle Parteien haben es sich zur Aufgabe gemacht, mehr Frauen aufzustellen. Bei Bündnis 90/Die Grünen müssen die Hälfte der gewählten Amtsinhaber weiblich sein, und 57,5 Prozent der Abgeordneten, die über ein Direktmandat in den Bundestag gelangten, sind Frauen. Die SPD hatte eine Vierzigprozentquote für den Frauenanteil in Parteigremien und im Vorstand aufgestellt und dieses Ziel auch erreicht. Bei der CDU sollten im ersten Wahlgang 30 Prozent der Kandidaten für Parteiämter weiblich sein - eine Vorgabe, die erfüllt wurde.

Nur wenige Angehörige von Minderheiten waren in der Regierung vertreten. Im Bundestag gab es zwei deutsch-türkische Abgeordnete und einen Deutschen indischer Abstammung.

Abschnitt 4: Haltung der Regierung zu Untersuchungen von angeblichen Menschenrechtsverletzungen durch internationale Gremien oder Nichtregierungsorganisationen.

Eine Vielzahl nationaler und internationaler Menschenrechtsgruppen engagierten sich. Sie unterlagen im Allgemeinen weder bei ihren Nachforschungen noch bei der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse Einschränkungen seitens der Regierung. Regierungsvertreter waren kooperativ und ihren Ansichten gegenüber aufgeschlossen.

Abschnitt 5: Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, Behinderung, Sprache oder sozialem Status.

Es ist gesetzlich untersagt, jemandem aufgrund von Rasse, Behinderung, Geschlecht, ethnischem Hintergrund, politischer Meinung oder Staatsangehörigkeit den Zugang zu Unterkunft, Gesundheitsversorgung oder Bildung zu verwehren.

Frauen

Gewalt gegen Frauen stellte ein Problem dar, über das nach allgemeiner Ansicht nicht genügend berichtet wurde. Es gibt keine landesweiten Statistiken, aber das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schätzt die Fälle von häuslicher Gewalt gegen Frauen auf etwa 45.000 pro Jahr. Im Jahr 2002 wurden landesweit 8.615 Fälle von Vergewaltigung angezeigt, 724 (9,2 Prozent) mehr als 2001. Das Gesetz verbietet Gewalt gegen Frauen. Die Regierung hat eine Reihe von gesetzlichen und sozialen Strukturen geschaffen, um diese zu bekämpfen. In der Gesellschaft wird diese Form der Gewalt extrem negativ bewertet, und sowohl gesetzliche als auch medizinische Hilfe ist vorhanden. Im Laufe des Jahres gab es Regierungskampagnen in Schulen und in Zusammenarbeit mit Kirchengruppen, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Form der Gewalt zu lenken. Außerdem unterstützte die Regierung zahlreiche Projekte zur Bekämpfung des Problems. Es gab 435 Frauenhäuser, davon 115 in den Neuen Bundesländern (ohne Berlin), in denen die Opfer von Gewalt und ihre Kinder Zuflucht, Beratung, gesetzlichen und polizeilichen Schutz finden. In den letzten Jahren hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mehrere Studien in Auftrag gegeben, um Informationen zu Gewalt gegen Frauen, sexueller Belästigung und anderen Themen zu sammeln. Das Gesetz bietet die Möglichkeit, einen gewalttätigen Ehemann oder Lebenspartner aus der gemeinsamen Wohnung zu entfernen.

Prostitution ist legal. Der Gesetzgeber hat neue Regelungen gebilligt, nach denen Prostituierte besseren Zugang zu Sozialleistungen bekommen; zum Beispiel die Chance, sozialversichert zu arbeiten und ihren Lohn vor Gericht einzuklagen.
Frauenhandel war ein Problem (siehe Abschnitt 6.f).

Sexuelle Belästigung von Frauen war ein allgemein bekanntes Problem. Die Presse berichtete von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und in öffentlichen Einrichtungen. Gewerkschaften, Kirchen, Regierungsstellen und NROs boten eine Reihe von Unterstützungsprogrammen für betroffene Frauen an und finanzierten Seminare und Kurse, um sexueller Belästigung vorzubeugen.

Die Regierung war weiterhin mit der Umsetzung des mehrjährigen Aktionsplans "Frauen und Beruf" beschäftigt. Das Programm fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben. Es umfasst verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen, einen größeren Frauenanteil in politischen Beiräten sowie die Förderung von Unternehmerinnen durch Regierungsdarlehen und Beteiligung an regionalen Projekten zur Frauenförderung. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kündigte außerdem eine mehrjährige Initiative an, die den Frauen- und Mädchenanteil in Ausbildungsberufen im IT und Medienbereich vergrößern soll. Das Ziel war eine Erhöhung der Anzahl von Ausbildungsplätzen im IT-Bereich auf 60.000 bis zum Jahr 2003 und ein Anstieg des Anteils weiblicher Auszubildender auf 40 Prozent bis zum Jahr 2005. Laut Gesetz gilt für gleiche Arbeit gleiche Bezahlung. In der Praxis haben jedoch viele Arbeitgeber Arbeitsplätze von Frauen anders kategorisiert als jene von Männern, die der gleichen Arbeit nachgehen und haben dadurch eine unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen herbeigeführt. Gewerkschaftsverträge identifizierten Beschäftigungskategorien, in denen Betroffene weniger als 100 Prozent des Lohns eines Facharbeiters, der unter den gleichen Vertrag fällt, bekommen. Der Frauenanteil in diesen Kategorien war überproportional hoch. Im Allgemeinen lag das durchschnittliche Monatseinkommen einer Frau unter dem eines Mannes. Wurden jedoch Faktoren wie Altersunterschiede, Qualifikation, berufliche Position, Beschäftigungsstruktur oder Rang ebenfalls in Betracht gezogen, fand gewöhnlich keine Diskriminierung der Frauen statt, was gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit angeht. Allerdings waren Frauen in gut bezahlten Managementpositionen unterrepräsentiert.

Kinder

Die Regierung engagierte sich intensiv für die Rechte und das Wohl der Kinder und finanzierte großzügig staatliche Bildungssysteme und medizinische Versorgung. Staatliche Bildung, einschließlich der Universitätsausbildung ist kostenlos. Es besteht Schulpflicht bis zum Alter von 16 und fast alle Kinder nahmen täglich am Schulunterricht teil.

Kindesmissbrauch war ein Problem. Es gab keine Statistiken, aber Fürsprecher der Kinder in NROs und einige Politiker bezeichneten es als Problem und einzelne Fälle wurden in den Zeitungen behandelt. Das Gesetz betont die Notwendigkeit von Vorbeugemaßnahmen und die Regierung verbesserte als Reaktion darauf das Beratungsangebot und andere Hilfen für missbrauchte Kinder.

Das Strafrecht sieht Maßnahmen für den Schutz von Kindern vor Pornografie und sexuellem Missbrauch vor. Für den Besitz von Kinderpornografie ist die Höchststrafe ein Jahr Haft, für die Verbreitung fünf Jahre. Das Gesetz stellt sexuellen Kindesmissbrauch durch Deutsche auch im Ausland unter Strafe, selbst wenn er im Herkunftsland des Kindes nicht strafbar ist. 2002 gab es 15.998 erfasste Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch, dies sind 881 oder 5,8 Prozent mehr als 2001. Es gab 2002 Fälle von Besitz oder Verbreitung von Kinderpornografie, das ist im Vergleich zu 2001 ein Rückgang um 743 Fälle beziehungsweise 27,1 Prozent.

Im Oktober veröffentlichte das deutsche Büro von UNICEF einen Bericht eines örtlichen

Sozialarbeiters, der die Grenzregion zur Tschechischen Republik als "Oase für Pädophile" beschrieb. Die beiden Länder haben eine Verbindungsgruppe gegründet, um die Kommunikation und den Informationsaustausch über Sittenverbrechen zu verbessern. Sie bauen damit auf einem Abkommen zur polizeilichen Zusammenarbeit aus dem Jahr 2000 auf.

Mädchenhandel war ein schwerwiegendes Problem (siehe Abschnitt 6.f).

Behinderte

Das Grundgesetz verbietet ausdrücklich Diskriminierung von Behinderten und es gab keine Berichte über Diskriminierung von Behinderten am Arbeitsplatz, im Bildungswesen oder beim Zugang zu anderen staatlichen Leistungen. Das Gesetz sieht Sonderleistungen für behinderte Menschen vor, sie haben Anrecht auf Unterstützung, um Einschränkungen, die sich aus ihrer Behinderung ergeben, abzuwenden, auszuschließen oder zu erleichtern und auf eine Anstellung, die sich mit ihrer Behinderung vereinbaren lässt. Die Regierung engagierte sich in der Berufsausbildung von Behinderten und stellte finanzielle Unterstützung für Firmen, die Behinderte einstellen, zur Verfügung. Schwerbehinderte können Sonderleistungen bekommen, darunter fallen Steuererleichterungen, kostenlose Nutzung öffentlicher Transportmittel, spezielle Parkplätze und eine Befreiung von Radio- und Fernsehgebühren.

Die Regierung hat Richtlinien für den Bau von "schrankenlosen" öffentlichen Gebäuden sowie für eine behindertenfreundliche Umgestaltung von Straßen und Fußgängerampeln erlassen. Alle 16 Bundesländer haben die Richtlinien des Bundes in ihre Bauvorschriften übernommen und 98 Prozent der öffentlichen Gebäude sind nach den Richtlinien für eine "schrankenlose" Umgebung gebaut. Es gab keine Berichte über Diskriminierung von Behinderten seitens der Gesellschaft.

Nationale/rassische/ethnische Minderheiten

Das Bundeskriminalamt führt die Kategorie der "politisch motivierten Kriminalität"(PMK). Zur politisch motivierten Kriminalität gehören Straftaten, die aufgrund von Ideologie, Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Abstammung, sexueller Ausrichtung, Behinderung, Erscheinungsbild oder sozialem Status des Opfers verübt werden. Die PMK wird kategorisiert und vom Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem jährlichen Bericht unterteilt nach Täter (Rechtsradikale, Linksradikale, ausländische Extremisten) und Art der Straftat (Propaganda, rassistische Literatur oder Hassreden, Zerstörung von Eigentum, Schändung von jüdischen Gräbern und Angriffe auf Personen) erfasst. 2002 wurden 10.902 Fälle von rechtsradikaler PMK erfasst (10.054 im Jahr 2001). Dies umfasste 7.294 Fälle von verbotener Propaganda (6.336 in 2001), 2.513 Fälle von "Anstiftung zum Rassenhass" (2.538 in 2001), 178 Straftaten gegen fremdes Eigentum (251 in 2001), 115 Androhungen einer Straftat (190 in 2001) und 30 Grabschändungen (30 in 2001). 2002 waren 772 der Fälle von rechtradikaler PMK gewalttätig (709 in 2001); der Hauptanteil von diesen (440, 56,9 Prozent im Vergleich zu 374 in 2001) richtete sich gegen Ausländer; 28 (2,5 Prozent) waren antisemitisch (im Vergleich zu 18 in 2001), und 207 (26,8 Prozent) richteten sich gegen politisch Andersdenkende (197 in 2001)

Im ganzen Land gab es weiterhin Vorfälle, bei denen Ausländer oder Angehörige rassistischer Minderheiten belästigt oder geschlagen wurden. Aus den Medien und offiziellen Berichten ging hervor, dass es jede Woche diverse Vorfälle gab. Im Juli gab es einige Vorfälle. Eine Afrikanerin wurde mit rassistischen Beschimpfungen belästigt und geschlagen, als sie in Potsdam auf eine Straßenbahn wartete; mehrere Vietnamesen wurden in Berlin belästigt und in Rheinland-Pfalz rief ein Neonazi "Heil Hitler" als er einen Nigerianer so heftig in den Magen trat, dass dieser ins Krankenhaus musste. In Nordwest-Brandenburg erlitt ein dreizehnjähriger farbiger Deutscher Verbrennungen, als er von einer Gruppe von vierzehn- bis sechzehnjährigen angegriffen wurde, die ihn zuerst rassistisch beschimpft hatte. In Wittenberg (Sachsen-Anhalt) schlugen sechs Männer mit Flaschen auf einen jungen Araber ein, schlugen ihn nieder, traten ihn und stießen rassistische Beschimpfungen aus.

Im Juni gewährte eine ausländische Regierung einer farbigen Deutschen und ihren Kindern Asyl, nachdem sie festgestellt hatte, dass das Versagen der deutschen Regierung beim Schutz ihrer Rechte und der Abhilfe von Missständen auf eine rassistische Haltung und Diskriminierung zurückzuführen sei. Die Asylsuchende behauptete, dass Regierungsstellen ihre Beschwerden gegen ihren Ex-Ehemann (einen Weißen), dem sie Missbrauch in der Ehe und Kindesmissbrauch vorwarf, ignorierten, da sie eine Farbige sei. Ferner würden die Regierungsstellen ihr rechtswidrig und diskriminierend den gleichberechtigten Zugang zu Sozialleistungen untersagen. In einer laufenden Verhandlung um Kindesunterhalt vor einem innerstaatlichen Gericht behauptete sie, dass Regierungsstellen ihr keinen Rechtsvertreter gestellt hätten, obwohl sie als Bürgerin darauf ein Anrecht hätte.

Die Zahlen von Mitgliedern rechter Organisationen waren schwer zu beziffern, die Behörden gingen jedoch davon aus, dass in etwa 1.500 Personen landesweit treibende Kräfte rechter Aktivitäten waren. Die Behörden schätzten, dass 10.000 Personen als Sympathisanten hinzukamen.

Sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierungen engagierten sich weiterhin in höchstem Maße bei der Bekämpfung und Vorbeugung von rechter Gewalt, obwohl immer mehr Polizeimittel abgezogen wurden, um auf die terroristische Bedrohung zu reagieren. Im September nahmen die Behörden in Bayern mehrere Mitglieder der Neonazi-Vereinigung "Kameradschaft Süd" fest und beschlagnahmten bei Durchsuchungen Waffen und Sprengstoff der Gruppe. Die Polizei entdeckte Pläne der Gruppe für einen Anschlag auf die Grundsteinlegungszeremonie zum Bau eines neuen jüdischen Gemeindezentrums und eine Synagoge. Die Bundes- und Landesbehörden setzen ihre Untersuchung von möglichen Verbindungen zwischen dieser Gruppe und anderen gewalttätigen Neonazigruppen im gesamten Bundesgebiet fort.

Die Regierung schützte und förderte die Sprachen und Kulturen von nationalen und ethnischen Minderheiten, die seit jeher im Land gelebt haben (zum Beispiel Sorben, Dänen, Roma, Sinti und Friesen). Obwohl die Regierung Sinti und Roma seit 1995 als offizielle "nationale Minderheit" anerkennt, weigerten sich die Innenminister des Bundes und der Länder, Romani den von der EU geschützten Sprachen hinzuzufügen. Kritiker machten geltend, dass die Sinti/Roma Minderheit die einzige offiziell anerkannte nationale Minderheit sei, die keinen besonderen rechtlichen Schutz, politische Sonderrechte oder garantierte Vertretung in bestimmten öffentlichen Institutionen genießt.

In Deutschland lebende Ausländer und Minderheiten äußerten weiterhin glaubwürdige Besorgnis in Bezug auf gesellschaftliche und berufliche Diskriminierung. Von Arbeitslosigkeit waren Ausländer unverhältnismäßig oft betroffen, obwohl dies teilweise auf unzureichende Sprachkenntnisse oder nicht übertragbare berufliche Qualifikationen zurückzuführen war (siehe Abschnitt 6.e). Sowohl die Bundesregierung als auch sämtliche Bundesländer setzten ständige Ausschüsse ein, um Ausländern bei ihren Kontakten mit dem Staat und der Gesellschaft zu helfen.

Abschnitt 6 Rechte der Arbeitnehmer

a. Vereinigungsfreiheit

Laut Grundgesetz besteht das Recht, sich frei in Vereinigungen zusammenzuschließen, Vertreter zu wählen, Programme und Richtlinien zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer aufzustellen und eigene Ansichten zu veröffentlichen und die Arbeitnehmer machten von diesen Rechten Gebrauch. Circa 27 Prozent der gesamten Arbeitnehmerschaft waren Gewerkschaften angeschlossen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) vertrat in etwa 83 Prozent der organisierten Arbeitnehmer.

Das Gesetz schützt gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer vor Diskriminierung. Kläger wenden sich direkt an die Arbeitsgerichte, die Gerichte erster Instanz sind. Die speziell

ausgebildeten Richter am Arbeitsgericht fällen die entsprechenden Urteile.

Der DGB ist Mitglied mehrerer internationaler und europäischer Gewerkschaftsverbände, zum Beispiel des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG).

b. Organisations- und Tarifverhandlungsrecht

Laut Grundgesetz sind Arbeitnehmer berechtigt, sich zu organisieren und Tarifverträge auszuhandeln, diese Rechte nahmen sie wahr. Es gab zahlreiche Tarifverhandlungen und dank eines gut entwickelten Systems eigenständiger Vertragsverhandlungen musste nur selten ein Schlichtungsverfahren in Anspruch genommen werden. Grundlöhne und Arbeitsbedingungen wurden auf Branchenebene ausgehandelt. Einige Unternehmen in Ostdeutschland weigerten sich jedoch, den Arbeitgeberverbänden beizutreten oder traten aus diesen Verbänden aus und verhandelten einzeln mit den Arbeitnehmern. Auch einige Firmen in Westdeutschland ließen aufgrund der unflexiblen Regelungen des branchenweiten Verhandlungssystems zumindest Teilbereiche des Unternehmens nicht durch die Arbeitgeberverbände vertreten, waren aber bereit, als Einzelunternehmen zu verhandeln. Das Gesetz schreibt die betriebliche Mitbestimmung vor, die durch Betriebsräte oder Aufsichtsratsmandate für Arbeitnehmer deren Einfluss auf Unternehmensentscheidungen sichert. Die Rechte der Betriebsräte sind im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) festgelegt. Mitglieder der Betriebsräte müssen nicht Gewerkschaftsmitglieder sein.

Das Grundgesetz legt das Recht auf Streik fest. Ausgenommen sind Beamte (einschließlich Lehrern) und Personal in national wesentlichen Bereichen wie zum Beispiel Armeeangehörige. In der Vergangenheit hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die Regierungsdefinition der "wesentlichen Dienste" als zu weit gefasst kritisiert. Die ILO forderte von der Regierung weiterhin eine Klärung der Richtlinien und Gesetze, die das Arbeitsrecht der Beamten betreffen. Die ILO hat die Regierung mehrfach daran erinnert, dass diese Einschränkung nicht im Einklang mit der Konvention 87 steht und hat sie zu einer entsprechenden Änderung der Gesetzgebung aufgefordert. Ebenso wird Lehrern und Angestellten des öffentlichen Dienstes weiterhin das Recht auf freie Tarifverhandlungen verwehrt. Daran hat sich trotz der Kritik der ILO an der Verletzung der Konvention 98 nichts geändert. Diese Berufsgruppen, die nicht streiken dürfen, können sich an die Gerichte wenden, um ihre Rechte zu schützen.

Im Juni scheiterte ein Streik der IG Metall für eine 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland aufgrund des entschiedenen Widerstandes der Arbeitgeber, der fehlenden Unterstützung seitens der Arbeitnehmer, die einen Arbeitsplatzverlust durch zu hohe Lohnkosten fürchteten, und Einwänden der westdeutschen Arbeitnehmer, auf die sich Lieferstörungen aus Ostdeutschland ausgewirkt hätten. Die Regierung mischte sich nicht ein.

Es gibt keine Gebiete, in denen ausschließlich Exportgüter hergestellt werden.

c. Verbot von Zwangsarbeit oder Schuldknechtschaft

Das Grundgesetz und die Bundesgesetze verbieten sowohl Zwangsarbeit als auch Schuldknechtschaft einschließlich Kinderarbeit. Es gab jedoch Berichte, dass es diese Praktiken gab (siehe Abschnitt 6.f).

Seit 2001 hat die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" circa 2,81 Milliarden Dollar (2,25 Milliarden Euro) an etwa 1,4 Millionen Antragssteller weltweit ausgezahlt. Diese Entschädigungszahlungen gehen an Zwangs- und Sklavenarbeiter, die während der Zeit des Nationalsozialismus im privaten oder öffentlichen Sektor eingesetzt waren und an andere Personen, die in der Zeit des Nationalsozialismus unter deutschen Firmen gelitten haben. Die Regierung und ein Konsortium deutscher Firmen haben je 3,1 Milliarden Dollar (2,5 Milliarden Euro) in die vom Gesetzgeber gegründete Stiftung eingezahlt. Die Stiftung schloss

Vereinbarungen mit Partnerorganisationen ab, wie zum Beispiel der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der Conference on Jewish Material Claims Against Germany (Konferenz für Jüdische Entschädigungsforderungen gegen Deutschland). Diese Organisationen erhalten Gelder, um gemäß vereinbarter Verfahren und vorbehaltlich einer Prüfung Entschädigungsforderungen zu bearbeiten und zu begleichen.

d. Kinderarbeit und Mindestalter für Beschäftigung

Das Gesetz verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren, mit einigen Ausnahmen: 13 oder 14-Jährige können bis zu drei Stunden täglich in der Landwirtschaft arbeiten oder bis zu zwei Stunden Zeitungen austragen. Die 3 – 14-Jährigen dürfen an kulturellen Veranstaltungen teilnehmen, allerdings unter strengen Auflagen was Art der Aktivität, Stundenzahl und Tageszeit angeht. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit achtete mit seinem Amt für Arbeitsschutzverwaltung auf die Einhaltung des Gesetzes.

e. Annehmbare Arbeitsbedingungen

Es gibt keinen gesetzlich oder verwaltungsrechtlich festgelegten Mindestlohn. Löhne und Gehälter werden entweder durch Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden oder durch Einzelverträge festgelegt. Die Tarifverträge, die für schätzungsweise 80 – 90 Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger gelten, legen Mindestsätze für Stundenlöhne fest, die gesetzlich durchsetzbar sind. Die restlichen 10 – 20 Prozent der Löhne und Gehälter werden entweder durch Einzelverträge oder Verträge auf Unternehmensebene festgelegt, die durch Arbeitnehmervertreter, die nicht zwingend Gewerkschaftsmitglieder sein müssen, ausgehandelt werden. Diese Mindeststandards ermöglichen Arbeitnehmern und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard.

Die Richtlinien des Bundes begrenzen die Wochenarbeitszeit auf maximal 48 Stunden; allerdings war bei 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung die Wochenarbeitszeit direkt oder indirekt durch Verträge geregelt. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug 36 Stunden für Industriearbeiter in Westdeutschland und etwa 39 Stunden in Ostdeutschland. Mittagspausen waren üblich. Regelungen für Überstunden, Urlaub und die Bezahlung von Wochenendarbeit variierten je nach Tarifvertrag.

Es gab eine Reihe von Gesetzen und Richtlinien zur Sicherheit am Arbeitsplatz und zum Gesundheitsschutz. Ein umfassendes Netz von Versicherungsträgern achtet auf Einhaltung der Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz. Das Arbeitsministerium und die entsprechenden Stellen in den Bundesländern verschafften den Standards zur Sicherheit am Arbeitsplatz und zum Gesundheitsschutz mit Hilfe eines Netzwerkes von Regierungsgremien, einschließlich der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Geltung. Auf kommunaler Ebene waren Berufs- und Handelsverbände – selbstständige öffentliche Vereinigungen in denen Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sitzen – für die Sicherheit am Arbeitsplatz zuständig. Das Gesetz sieht vor, dass Arbeitnehmer gefährliche oder gesundheitsschädliche Tätigkeiten ablehnen dürfen, ohne den Verlust ihres Arbeitsplatzes zu fürchten.

Ausländische Arbeitnehmer, die sich legal in Deutschland aufhielten, waren vom Gesetz geschützt und arbeiteten im Allgemeinen unter den gleichen Bedingungen wie Inländer. Es gab jedoch zu einem gewissen Grad eine Ungleichbehandlung bei der Bezahlung. Zum Beispiel wurden ausländische Lehrer in einigen Schulen schlechter bezahlt als ihre deutschen Kollegen. Saisonarbeiter aus Osteuropa, die mit einer befristeten Arbeitserlaubnis ins Land kamen, erhielten oft Löhne, die unter dem normalen deutschen Niveau lagen. Arbeitnehmer aus anderen EU-Ländern wurden teilweise zu den Gehältern eingestellt, die sie in ihren Herkunftsländern bekommen hätten, auch wenn ein deutscher Kollege mehr verdient hätte. Die Bezahlung von illegal beschäftigten Ausländern lag, besonders im Baugewerbe in Berlin, wahrscheinlich unter dem gültigen Lohnniveau.

f. Menschenhandel

Das Gesetz verbietet Menschenhandel. Trotzdem war Menschenhandel, vor allem der Handel mit Frauen und Mädchen, die sexuell ausgebeutet wurden, ein Problem.

Das Gesetz verbietet Menschenhandel ausdrücklich und belegt das Delikt mit bis zu zehn Jahren Haftstrafe. Die Verbrechen werden auf Ebene der Bundesländer verfolgt. Das Bundeskriminalamt und die Landeskriminalämter ermittelten aktiv in Fällen von Menschenhandel und veröffentlichten ihre Ergebnisse im Jahresbericht Menschenhandel. Für 2002 (das letzte Jahr, für das Zahlen vorlagen) ermittelten die Beamten in 282 Fällen, was ein Anstieg von 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr war. 2002 wurden 821 Tatverdächtige registriert, was einem Anstieg von 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Im März verurteilte ein Gericht in Kassel einen Tschechen zu 8 Jahren Haft, da er 300 Afghanen und Chinesen nach Deutschland geschleust hatte.

Das Bundeskriminalamt hat ein Spezialteam gebildet, das internationale Einsätze koordiniert und eine spezielle Ausbildung für die Beamten anbietet. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend steht an der Spitze einer behördenübergreifenden Arbeitsgruppe, die für die Koordination der Bundes- und Landesbehörden beim Kampf gegen Menschenhandel und für die Unterstützung der Opfer zuständig ist. Die Bundesregierung und die Landesregierungen arbeiteten aktiv mit NROs und kommunalen Frauenhäusern zusammen, um den Menschenhandel zu bekämpfen.

Deutschland war sowohl Bestimmungs- als auch Transitland für die Opfer des Menschenhandels, bei denen es sich überwiegend um Frauen und Mädchen handelte. Die meisten Opfer des Menschenhandels waren Frauen und Mädchen zwischen 16 und 25 Jahren, die zur Prostitution gezwungen wurden. Laut Polizeistatistiken waren weniger als 0,5 Prozent der Opfer Männer oder Jungen. Die Schätzungen der Nichtregierungsorganisationen zu der Zahl der Frauen und Mädchen, die ins oder durchs Land geschleust wurden, variierten beträchtlich. Im Jahr 2002 betrug die Zahl der registrierten Opfer des Menschenhandels 811. Von diesen kamen 87 Prozent aus Osteuropa und den Ländern der früheren Sowjetunion, vor allem aus Russland, Polen, der Ukraine, der Republik Moldau, Litauen, der Slowakei, Lettland, Bulgarien und der Tschechischen Republik. Häufig schleusten die Verbrecherringe Frauen, die bereits in einem Europäischen Land verhaftet und ausgewiesen worden waren, in ein anderes Land weiter. Nichteuropäische Opfer kamen in erster Linie aus Afrika und Asien. Das UN-Zentrum für Internationale Verbrechenverbeugung stellte fest, dass Deutschland das Bestimmungsland ist, in das Opfer des Menschenhandels am häufigsten geschleust werden.

Die Menschenhändler nutzten eine Reihe von Einschüchterungstaktiken, um sicherzustellen, dass die Opfer gehorchten. Hierunter fielen Drohungen, das Opfer zu "verkaufen", die Drohung der Ausweisung, gezielte Fehlinformationen zur rechtlichen Situation des Opfers in Deutschland, körperliche Gewalt und das Zurückhalten der Ausweispapiere.

Die Regierung bekämpfte den Menschenhandel sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Es gab keine Informationen über eine Beteiligung der Behörden oder einzelner Regierungsangestellter am Menschenhandel.

Die Bundesregierung, die Landesregierungen und private Spender subventionierten mehr als 30 von NROs geleitete Beratungszentren für Opfer des Menschenhandels. Ist ein illegal in Deutschland lebender Ausländer Opfer von Menschenhändlern, so ist die Polizei verpflichtet, ein Beratungszentrum zu benachrichtigen und das Opfer über seine/ihre Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Die Zentren stellen Unterkunft, Beratung, Dolmetschdienste und rechtliche Hilfe zur Verfügung. Die im Kampf gegen Menschenhandel engagierten NROs bemühten sich, das öffentliche Bewusstsein durch Seminare und Kurse zu sensibilisieren.

Opfer, die in Menschenhandelsprozessen als Zeugen fungieren, haben das Recht als Nebenkläger im Prozess aufzutreten, wodurch sie Anrecht auf einen Anwalt und Prozesskostenhilfe erhalten. Opfer, die sich illegal in Deutschland aufhalten, haben nach den Sozialleistungsrichtlinien für Asylanten Anspruch auf eine gesundheitliche Grundversorgung bei akuter Erkrankung oder Schmerzzuständen. Von den 811 registrierten Opfern des Jahres 2002 wurden 284 ausgewiesen, 153 kehrten freiwillig in ihre Heimatländer zurück und 104 erhielten eine befristete Aufenthaltserlaubnis. Ein Bleiberecht für Deutschland wurde erteilt, wenn das Opfer mit einem Deutschen verheiratet war, ihm politisches Asyl gewährt wurde oder es Beweise gab, dass bei einer Ausweisung Gefahr für das Leben des Opfers bestünde.

Die Regierung übernahm für eine Rückführung der Opfer in die Heimatländer unter dem Reintegrations- und Emigrationsprogramm für Asylanten in Deutschland (Reintegration and Emigration Program for Asylum-Seekers in Germany – REAG) die Grundkosten. Die IOM verwaltet REAG und ist auch in einigen der Hauptrückkehrländer vertreten, wo sie den Opfern zur Seite steht.

Die Regierung beteiligte sich aktiv an Informationskampagnen in Drittländern für potenzielle Opfer von Menschenhändlern. Deutsche Botschaften und Konsulate verteilten zusammen mit NROs Broschüren mit Informationen zu Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und mit Warnungen vor Menschenhandel. Das Außenministerium sponserte und organisierte Konferenzen zum Thema Menschenhandel. Regierungsstellen arbeiten engagiert mit den in der zwischenbehördlichen Bundesarbeitsgruppe zum Thema Menschenhandel vertretenen NROs zusammen.